

Bundesblatt

93. Jahrgang.

Bern, den 24. Dezember 1941.

Band I.

Erscheint in der Regel alle 14 Tage. Preis 20 Franken im Jahr, 10 Franken im Halbjahr, zuzüglich Nachnahme- und Postbestellungsgebühr.

Einrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzelle oder deren Raum. — Inserate franko an Stämpfli & Cie. in Bern.

4214

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über den Ankauf eines Bauplatzes und die Erstellung eines Telephonegebäudes in Bern-Weissenbühl.

(Vom 16. Dezember 1941.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Die Zahl der Telephonteilnehmer des Ortsnetzes Bern ist in den letzten 10 Jahren von rund 10 000 auf fast 20 000 angestiegen und hat sich also innert verhältnismässig kurzer Zeit beinahe verdoppelt. Diese Teilnehmer sind gegenwärtig an die im Hauptpostgebäude Bern untergebrachten Hauptzentralen und an die Unterzentralen in den Vororten Berns angeschlossen. Die Anschlusskapazität der Hauptzentralen und einzelner Unterzentralen ist heute nahezu erschöpft. Die Telephonverwaltung sieht sich deshalb vor die grundsätzliche Frage gestellt, ob die notwendige Erweiterung der Anschlusskapazität durch den Ausbau der Ortsbetriebsanlagen im Hauptpostgebäude oder durch die Erstellung von Quartierzentralen im Mittelpunkt von Stadtteilen mit grosser Teilnehmerdichte erfolgen solle.

Im Hinblick auf die immer stärkere Ausdehnung des Telephonnetzes in den äusseren Stadtteilen und über die Stadtgrenzen hinaus ist die Erstellung von Quartierzentralen vorteilhafter. Da die in den Aussenquartieren meist schlecht ausgenützten Teilnehmerleitungen hierdurch ungefähr um die Hälfte gekürzt werden können, ergeben sich erhebliche Einsparungen im Leitungsnetz, dessen Kosten die Betriebsanlagen des Ortsnetzes gegenwärtig mit rund 50 % belasten. Auch für den Fall von Kriegs- oder sonstigen Schadensereignissen erscheint eine gewisse Dezentralisation der Betriebsanlagen angezeigt.

Als erste Etappe dieser Neugestaltung ist die Erstellung einer Zentrale mit 6000 Anschlüssen im Weissenbühlquartier vorgesehen zur Bedienung der Quartiere Mattenhof, Monbijou, Weissenbühl und Wabern. Für die Unterbringung der Zentrale muss aus technischen und wirtschaftlichen Gründen ein besonderer Zweckbau erstellt werden, der zugleich einem Monteur Unterkunft bieten soll.

Für die Erstellung dieser Zweckbaute konnte in geeigneter Lage ein Bauplatz gefunden werden, der genügend gross ist, um auch eine allfällige spätere Erweiterung des Gebäudes zu ermöglichen. Es handelt sich um einen Abschnitt von 1551 m² ab dem dem Burgerspital der Stadt Bern gehörenden Dapplesgut am Rosenweg-Holzikofenweg-Weissenbühlweg. Die Eigentümerin verlangt Fr. 70 pro m², d. i. Fr. 108 570 für den ganzen Abschnitt, ein Preis, der den üblichen Ansätzen für Terrains in dieser Lage entspricht. Die PTT-Verwaltung hat deshalb mit der Eigentümerin unter den üblichen Vorbehalten einen entsprechenden Kaufvertrag abgeschlossen.

Das von der Direktion der eidgenössischen Bauten im Benehmen mit den Organen der PTT-Verwaltung erstellte Bauprojekt sieht ein Gebäude von 460 m² Grundfläche mit folgender Einteilung vor:

- Kellergeschoss: Räume zur Unterbringung der Stromlieferungsanlagen, Akkumulatoren-Batterien und Kabelmuffen, Velo- und Autogarage, Heizungs- und Kellerräume, Waschküche und Keller für den Monteur sowie Luftschuttkeller.
- Erdgeschoss: Hauptverteillerraum, Magazine, Werkstatt, Bureau, Vorführungsraum, W. C., Reserveraum. Letzterer Raum kann vorläufig als Laden oder Magazin vermietet werden.
- I. Stock: Wählerraum, Dienstwohnung für den Monteur.

Die weitem baulichen Details gehen aus den Projektplänen der Direktion der eidgenössischen Bauten hervor.

Die Baukosten sind auf Grund der gegenwärtig geltenden Baupreise auf Fr. 358 000 veranschlagt, was einem Preis von Fr. 69.80 pro m³ umbauten Raumes entspricht. Der erforderliche Gesamtkredit für die Erwerbung des Bauplatzes und die Erstellung des Gebäudes beträgt somit unter Einrechnung der Handänderungskosten rund Fr. 469 000. Vorbehalten werden muss immerhin eine allfällige weitere Verteuerung der Baupreise.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen ersuchen wir Sie, den erforderlichen Kredit für den Ankauf eines Bauplatzes und die Erstellung eines Telephonegebäudes in Bern-Weissenbühl zu bewilligen und den nachstehenden Entwurf zu einem entsprechenden Beschluss gutheissen zu wollen.

Wir benützen den Anlass, Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, unserer vollkommenen Hochachtung zu versichern.

Bern, den 16. Dezember 1941.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Wetter.

Der Bundeskanzler:

G. Boret.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss

über

den Ankauf eines Bauplatzes und die Erstellung eines Telephonegebäudes in Bern-Weissenbühl.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 16. Dezember 1941,
beschliesst:

Art. 1.

Für den Ankauf eines Bauplatzes und die Erstellung eines Telephonegebäudes in Bern-Weissenbühl wird ein Kredit von Fr. 469 000 bewilligt.

Der Bundesrat wird ermächtigt, am vorgelegten Bauprojekt im Rahmen des bewilligten Kredites noch jene Änderungen anzubringen, die sich nachträglich als notwendig erweisen sollten.

Art. 2.

Dieser Beschluss tritt, als nicht allgemein verbindlicher Natur, sofort in Kraft.

Der Bundesrat ist mit dem Vollzug beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über den Ankauf eines Bauplatzes und die Erstellung eines Telephonegebäudes in Bern - Weissenbühl. (Vom 16. Dezember 1941.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1941
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	32
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	4214
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.12.1941
Date	
Data	
Seite	1117-1119
Page	
Pagina	
Ref. No	10 034 639

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.